



COVID-19:

Zusammenfassung der nationalen und internationalen Rechtsgrundlagen und Empfehlungen zum Umgang mit COVID 19 in Anstalten des Freiheitsentzugs (Stand: 6. April 2020) – Orientierungshilfe an die für den Justizvollzug zuständigen Stellen

Die vorliegende Zusammenfassung konkretisiert die nachfolgend aufgeführten rechtlichen Grundlagen und Empfehlungen zum Umgang mit COVID-19 in Anstalten des Freiheitsentzugs:

- Verordnung 2 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) (COVID-19-Verordnung 2) vom 13. März 2020 (Stand am 4. April 2020) (SR 818.101.24)¹;
- Erläuterungen zur Verordnung 2 vom 13. März 2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung 2), Fassung vom 3. April 2020, Stand 4. April 2020, 0:00 Uhr²;
- COVID-19: Informationen und Empfehlungen des BAG für die Arbeitswelt: Stand: 13.03.2020³;
- *Statement of principles relating to the treatment of persons deprived of their liberty in the context of the coronavirus disease (COVID-19) pandemic, issued on 20 March 2020 by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT)*⁴;
- *Preparedness, prevention and control of COVID-19 in prisons and other places of detention (2020), Interim guidance WHO 15 March 2020* (zusammenfassende deutschsprachige Übersetzung im Anhang: Vorausplanung, Prävention und Eindämmung von COVID-19 in Gefängnissen (WHO-Empfehlungen für COVID-19 in Gefängnissen)⁵.

1. Grundsatz

- 1.1 Anstalten des Freiheitsentzugs (Gefängnisse und Justizvollzugsanstalten) werden weiterbetrieben. Sie gelten als Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung⁶.
- 1.2 Die allgemeinen Verhaltens- und Hygieneregeln des Bundesamts für Gesundheit (BAG) gegen die Ausbreitung des Coronavirus gelten mit den in dieser Zusammenfassung aufgeführten Präzisierungen⁷.
- 1.3 Beschränkungen der Mobilität von Personen des Gefängnissystems (für eingewiesene Personen und Personal) sowie des Zugangs von Personal, das aktuell nicht unbedingt notwendig ist, und von Besuchern sind zulässig und werden empfohlen⁸.

¹ www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20200744/index.html.

² www.bag.admin.ch/bag/de/home/krankheiten/ausbrueche-epidemien-pandemien/aktuelle-ausbrueche-epidemien/novel-cov/massnahmen-des-bundes.html.

³ www.bag.admin.ch/bag/de/home/krankheiten/ausbrueche-epidemien-pandemien/aktuelle-ausbrueche-epidemien/novel-cov/empfehlungen-fuer-die-arbeitswelt.html.

⁴ www.coe.int/en/web/portal/-/covid-19-anti-torture-committee-issues-statement-of-principles-relating-to-the-treatment-of-persons-deprived-of-their-liberty.

⁵ www.euro.who.int/en/health-topics/prisons-and-health/publications/2020/preparedness,-prevention-and-control-of-covid-19-in-prisons-and-other-places-of-detention-2020.

⁶ Vgl. dazu Art. 6 Abs. 3 lit. j COVID-19-Verordnung 2 und Erläuterungen zur Verordnung 2 vom 13. März 2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung 2), Fassung vom 25. März 2020, Stand 28. März 2020, 0:00 Uhr, S. 10.

⁷ <https://bag-coronavirus.ch/>.

⁸ WHO-Empfehlungen für COVID-19 in Gefängnissen, Ziff. 3 S. 2.

I. Beziehungen zur Aussenwelt

2. Besuche

- 2.1 Den Kantonen wird empfohlen, Besuche vorläufig nur noch in Besuchsräumen mit Trennscheibe durchzuführen.
- 2.2 Wo dies nicht möglich ist, sollen die Besuche bis auf weiteres sistiert werden. Ausnahmen für amtliche Besuche sowie Besuche von Ärztinnen, Ärzten und im Anwaltsregister registrierten Anwältinnen und Anwälten sind vorzusehen.
- 2.3 Die Kantone können jederzeit restriktivere Bestimmungen erlassen, d.h. grundsätzlich alle Besuche sistieren. In diesem Falle sind die Anstalten angehalten, die telefonischen sozialen Kontakte nach aussen zu erleichtern. Amtliche Besuche sowie Besuche von Ärztinnen, Ärzten und der Kontakt mit im Anwaltsregister registrierten Anwältinnen und Anwälten sind in jedem Fall auf angemessene Weise zu ermöglichen.

3. Vollzugsöffnungen

- 3.1 Es wird empfohlen, Ausgänge und Urlaube für Eingewiesene in konkordatlichen und kantonalen Vollzugseinrichtungen bis auf Weiteres zu sistieren.
- 3.2 Zur Verrichtung unaufschiebbarer persönlicher, existenzerhaltender oder rechtlicher Angelegenheiten, für welche die Anwesenheit ausserhalb der Vollzugseinrichtung unerlässlich ist, können in wichtigen Ausnahmefällen Sachurlaube gewährt werden.

4. Vollzug von Halbgefangenschaft und Arbeitsexternat

- 4.1 Eingewiesene in der besonderen Vollzugsform der Halbgefangenschaft und in der Progressionsstufe des Arbeitsexternats können, wenn sie von anderen Insassengruppen getrennt untergebracht sind, die Vollzugseinrichtung weiterhin zur Arbeit verlassen, sofern diese nicht in der Anstalt erledigt werden kann.
- 4.2 Sollte der Bundesrat die Beschränkung der Bewegungsfreiheit auch auf die Arbeit ausdehnen oder verliert die eingewiesene Person ihre Arbeit, soll die Freiheitsstrafe im Normalvollzug weitergeführt werden. Vorbehalten bleibt eine Unterbrechung des Vollzugs, wenn dies aufgrund der aktuellen ausserordentlichen Lage geboten ist.
- 4.3 Die Kantone können jederzeit restriktivere Bestimmungen für die Halbgefangenschaft und das Arbeitsexternat erlassen.

II. Somatische und psychiatrische Gesundheitsversorgung sowie der risikoorientierten forensischen Therapien

5. Somatische und psychiatrische Gesundheitsversorgung

- 5.1 Die somatische und psychiatrische Gesundheitsversorgung der Eingewiesenen ist weiterhin zu gewährleisten.
- 5.2 Es wird empfohlen, die ordentlichen Leistungen der Gesundheitsdienste und Anstaltsärzte soweit als möglich aufrecht zu erhalten, d.h. wenn immer möglich nicht auf unverschiebbare Leistungen zu begrenzen⁹. Solange es die Lage zulässt und die einschlägigen Hygienevorschriften eingehalten werden können, wird empfohlen, das anstalts-interne Angebot der Gesundheitsversorgung ohne Einschränkungen zur Verfügung zu stellen.
- 5.3 Die Anstalten und Kantone können jederzeit lagebedingte und verhältnismässige Einschränkungen anordnen.

⁹ Art. 10a Abs. 2 der COVID-Verordnung 2 ist für die medizinischen Dienste im Justizvollzug nicht anwendbar.

6. Risikoorientierte forensische Therapien

- 6.1 In der aktuellen Lage¹⁰ wird zudem empfohlen, risikoorientierte forensische Therapien in Justizvollzugsanstalten weiter durchzuführen. Dabei sollen folgende Prioritäten berücksichtigt werden:
- a) Erste Priorität: Persönliches Gespräch zwischen Therapeut/-in und eingewiesener Person in der Anstalt unter Einhaltung des empfohlenen Sicherheitsabstands und der einschlägigen Hygienevorschriften;
 - b) Therapiesitzung in Besuchszimmer mit Trennscheibe;
 - c) Therapiesitzung per Telefon oder Videokonferenz.
- 6.2 Die Anstalten und Kantone können jederzeit lagebedingte und verhältnismässige Einschränkungen anordnen.

III. Umsetzung der Hygienevorschriften und des Abstandsgebots

7. Grundsatz

- 7.1 Die Massnahmen und Empfehlungen des Bundes gelten grundsätzlich auch in Anstalten des Freiheitsentzugs. Sofern in den Vollzugseinrichtungen aufgrund der räumlichen Verhältnisse der vom BAG empfohlene Mindestabstand (soziale Distanz) von 2 Metern nicht eingehalten werden kann, soll nach den Vorgaben der WHO wenigstens 1 Meter Distanz eingehalten werden¹¹.
- 7.2 Weil die Arbeitstätigkeiten in den Anstalten des Freiheitsentzugs nur am üblichen Arbeitsort, d.h. in der Anstalt erbracht werden können, haben die Vollzugseinrichtungen mit geeigneten organisatorischen und technischen Massnahmen die Einhaltung der Empfehlungen des Bundes sicherzustellen¹².
- 7.3 Eingewiesene Personen und das Personal sollen, soweit möglich, gegenseitig und untereinander Distanz halten.
- 7.4 Ausgenommen sind Situationen, wo unmittelbarer Zwang angewendet werden muss oder wo eingewiesene Personen medizinisch betreut und gepflegt werden.

A) Für die eingewiesenen Personen

8. Social distancing¹³

- 8.1 Eine Konzentration von eingewiesenen Personen soll, wenn immer möglich, vermieden werden.
- 8.2 Dies kann mittels zeitversetzter Aktivitäten von Insassen ausserhalb der Zellen (z.B. im Arbeits- oder Freizeitbereich) erreicht werden. Das gemeinsame Essen der Insassen kann durch eine Zellenverpflegung ersetzt werden.
- 8.3 Der tägliche Spaziergang von mindestens 1 Stunde an der frischen Luft soll weiter ermöglicht werden. Kann der Mindestabstand von 1 Meter unter den Insassen eingehalten werden, dürfen im Spazierhof mehr als 5 eingewiesene Personen gleichzeitig spazieren; dabei sollen jedoch Insassengruppierungen von mehr als 5 Personen untersagt werden. Die Nichteinhaltung dieser Vorgaben kann disziplinarisch geahndet werden.

¹⁰ Stand 6. April 2020.

¹¹ www.euro.who.int/en/health-topics/health-determinants/prisons-and-health/publications/2020/preparedness,-prevention-and-control-of-covid-19-in-prisons-and-other-places-of-detention-2020, Ziff. 12 S. 19. Siehe Erläuterungen zu Art. 6 Abs. 4 der Verordnung 2 vom 13. März 2020 über Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19-Verordnung 2), S. 22.

¹² Vgl. dazu Art. 10c Abs. 2 COVID-19-Verordnung 2, Stand: 28. März 2020.

¹³ WHO-Empfehlungen für COVID-19 in Gefängnissen und Erläuterungen zur Verordnung 2 vom 13. März 2020, S. 11.

9. Isolation eingewiesener Personen¹⁴

- 9.1 Eingewiesene Personen sollen aufgefordert werden, Krankheitssymptome wie beispielsweise Husten (trockener Reizhusten), Halsschmerzen, Kurzatmigkeit und/oder Fieber, Fiebergefühl, Muskelschmerzen dem Personal mitzuteilen. Das Personal soll Verdachtsfälle unverzüglich der Anstaltsleitung melden.
- 9.2 Im Falle von Ziffer 9.1 oder wenn bei eingewiesenen Personen der Verdacht auf eine Infizierung mit COVID-19 besteht, sollen diese nach Möglichkeit in Einzelzellen isoliert werden. Die Teilhabe an Aktivitäten ausserhalb der Zelle ist während der Isolation nicht möglich; die ambulante Gesundheitsversorgung wird in der Zelle sichergestellt. Die betroffene Person kann einzeln spazieren oder gemeinsam mit anderen isolierten Personen, unter der Voraussetzung, dass die minimale Distanz eingehalten wird.
- 9.3 Kann die betroffene eingewiesene Person nicht getestet werden, soll die Isolation aufgehoben werden, nachdem diese 48 Stunden lang keine Krankheitssymptome mehr hatte und wenn seit den ersten Symptomen mindestens 10 Tage verstrichen sind¹⁵.

B) Für das Personal

10. Im Allgemeinen

- 10.1 Können die Anstalten im konkreten Einzelfall die Hygiene- und Distanzvorgaben von 1 Meter Abstand gemäss Ziffer 7.1 dieser Zusammenfassung nicht erfüllen, sollen besonders gefährdete Arbeitnehmende auf deren Wunsch von der Arbeitspflicht dispensiert werden, wenn diesen keine andere Arbeit zugewiesen werden kann.
- 10.2 Als besonders gefährdet gelten:
- a) Personen ab 65 Jahren und
 - b) Personen, die insbesondere folgende Erkrankungen aufweisen: Bluthochdruck, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronische Atemwegserkrankungen, Erkrankungen und Therapien, die das Immunsystem schwächen sowie Krebs¹⁶.

11. Social distancing

- 11.1 Das Personal soll, falls betrieblich möglich, gegenseitig Abstand halten, dies beispielsweise durch Schaffung von räumlichen Anpassungen, Office-Splitting und Abstand von 1 Meter bei Arbeitsverrichtungen u.s.w.
- 11.2 Der Richtwert, dass pro 10 m² nur eine Person in einem Raum anwesend sein darf, gilt nicht für Anstalten des Freiheitsentzugs¹⁷. Es gilt die örtlichen Gegebenheiten der jeweiligen Anstalt zu beachten und den Mindestabstand der sozialen Distanz von 1 Meter einzuhalten.
- 11.3 Vorbehalten bleibt Ziffer 7.4 dieser Zusammenfassung.

¹⁴ Die Bestimmung zur Isolation richten sich nach den Empfehlungen des BAG zur Selbst-Isolation, einsehbar unter: www.bag.admin.ch/bag/de/home/krankheiten/ausbrueche-epidemien-pandemien/aktuelle-ausbrueche-epidemien/novel-cov/selbst-isolierung-und-selbst-quarantaene.html#-399178357 (besucht am 30.03.2020).

¹⁵ Da es sich um eine reine sanitärische Massnahme handelt, welche die Empfehlungen des BAG zur Selbst-Isolation übernehmen, sind entgegen der Leitlinien der WHO und des Schreibens der NKVF vom 25.03.2020, S. 2 lit. b keine förmlichen Anordnungen mit Rechtsmittelbelehrungen notwendig. Wichtig ist, dass die betroffene Person in einer verständlichen Sprache über die Gründe und die voraussichtliche Dauer der Isolation informiert wird. Widersetzt sich die betroffene eingewiesene Person der Isolation, kann diese mittels unmittelbaren Zwangs durchgesetzt werden. In diesem Fall soll die Isolation schriftlich verfügt werden. Dies gilt auch für den Fall, dass eine Isolation ausnahmsweise auf ärztliches Anraten länger als 15 Tage dauern soll.

¹⁶ Art. 10b Abs. 2 COVID-19-Verordnung 2.

¹⁷ Dieser Richtwert gilt für den Detailhandel, vgl. dazu S. 11 der Erläuterungen zur Verordnung 2 vom 13. März 2020.

IV. Befristung

12. Befristung

Die vorliegende Zusammenfassung der Empfehlungen ist für die Dauer der besonderen oder ausserordentlichen Lage gemäss Art. 6 und 7 des Epidemiegesetzes¹⁸ befristet.

Erstellt von der Koordinationskonferenz Justizvollzug (KoKJ) anlässlich der Konferenz vom 6.4.2020 und vom Vorstand der KKJPD zur Kenntnis genommen.

01.04.2020/BFB/Version 5

¹⁸ Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG) (SR 818.101).